



MORSBACH

Morsbacher Rundblick

Informationen der SPD Morsbach rund um die Politik in der Gemeinde Morsbach

Alternative Fakten gibt es nicht nur in Amerika: Die Halbwahrheiten der CDU!

Klarstellende Bemerkungen zu einigen „fake news“ des politischen Gegners

Schaut man auf die Internetseite unseres größten politischen Gegners oder liest man die Artikel von „Republik aktuell“, muss der (wohl gewollte) Eindruck entstehen, dass sie allein für die erfolgreiche gemeindliche Entwicklung verantwortlich sind.



Die wahre Bilanz dieser Partei sieht jedoch wie folgt aus:

- Die **Gemeinschaftsschule** wurde von Anfang an abgelehnt. Heute klingt das so: „Die CDU Morsbach wird sich für eine Gemeinschaftsschule mit einem hohen Anspruch auf Lernen und die Vermittlung von Wissen einsetzen.“ **Hätte sie das doch schon früher getan!**
- Die **Kulturstätte** war nicht gewollt (zu teuer)
- Der **Schulsportcampus** an der Hahner Str. war in der heutigen Form nicht gewollt (zu teuer)
- Der **Ansiedlung des REWE Marktes** in der Ortsmitte wurde die Zustimmung verweigert, weil kein Kreisverkehr Hahner Str./Bahnhofstr. damit verbunden war.

- Das **Ärztehaus** wäre am Widerstand der CDU gescheitert, da ein höherer Kaufpreis für das Grundstück gefordert wurde.
- Der **Erwerb des Bahngeländes** einschl. des Bahnhofgebäudes wäre erheblich teurer gewesen, wenn es bereits vor Jahren nach dem Willen der größten Ratsfraktion gegangen wäre.
- Die **Sanierung des Bauhofes** am Standort Volperhausen konnte nur mit Hilfe anderer Ratsfraktionen durchgesetzt werden; eine nach Meinung der SPD Fraktion strategische Fehlentscheidung, da die Nachteile bleiben und langfristig ein Neubau wirtschaftlicher gewesen wäre.
- Die Verweigerung maßvoller **Grundsteuererhöhungen** hätte zu einem Haushaltssicherungskonzept geführt, was das Aus für die gemeindliche Selbstverwaltung bedeutet hätte.
- Seit 2008 keinem Haushalt mehr zugestimmt und dann das:

Einzelmaßnahmen des Handlungskonzept, wie Erneuerung des Bahngeländes im Ortskern

Sich für das IHK feiern lassen wollen, dann die Voraussetzung nicht schaffen, nämlich dem erforderlichen genehmigungsfähigen Haushalt die Zustimmung verweigern und schließlich Einzelmaßnahmen kritisieren und in Frage stellen, ist nicht nachvollziehbar.

Geplantes Neubaugebiet Lichtenberg- Nürsche

Wenn neue Baugebiete durch die öffentliche Hand erschlossen werden, ist es völlig normal und gesetzlich so geregelt, dass vorhandene Wasser- und Abwasserwerke die Investitionen erbringen.

Die Forderung der CDU, die Investitionen der leitungsgebunden Ver- und Entsorgung durch den Verkaufspreis der zu erschließenden Grundstücke zu finanzieren, ist lediglich ein Vorwand, um nicht öffentlich sagen zu müssen „Wir wollen das Neubaugebiet Nürsche nicht!“ Das ist scheinheilig, meint die SPD Fraktion.

Der Hilferuf ist gehört worden!

Die kreisangehörigen Kommunen des Oberbergischen Kreis brauchen dringend Unterstützung bei der Aufgabe, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Der Kreistag hat -allerdings zunächst nur für die nächsten drei Jahre- Personalkostenzuschüsse und Ausrüstungsbeihilfen für die Ordnungsämter der Gemeinden beschlossen. Das ist ein lobenswerter erster Schritt in eine gewünschte Ordnungspartnerschaft. Vielen Dank!

Aber Ordnungspartnerschaft ist mehr als über die Kreisumlage Geld einzusammeln und dann umzuverteilen. Wir brauchen ein Netzwerk der Zuständigen, eine bessere Zusammenarbeit der Behörden, mehr Prävention und dauerhaft mehr finanzielle Mittel. Es gibt noch viel zu tun!

Straßenbaubeiträge

„Wir halten das gesamte Abrechnungsverfahren von Straßenbaubeiträgen nach KAG (Kommunalabgabengesetz) für überholt und ungerecht... Wir sehen die „Pflicht“ des Straßenanliegers durch Entrichten seiner Zahlung der Grundsteuer A und B als beglichen an.“ **Aussage der CDU!**

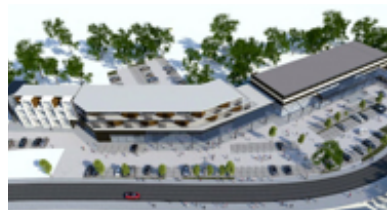
Hier sind die Fakten:

Der Aufwand für das Straßennetz, für die Verkehrsinfrastruktur in unserer Gemeinde ist gewaltig. Allein die jährliche Abschreibung (der Werteverzehr) beträgt über 1 Mio. €. Die Straßenunterhaltung kommt hinzu, und dabei ist noch keine Straße saniert. Dagegen beträgt das Aufkommen aus der Grundsteuer lediglich 1,7 Mio. €.



Investorenplanungen an der Wisseraue und an der Waldbröler Straße

Die SPD ist fest davon überzeugt, dass beide Standorte ihre jeweiligen Vorteile haben und aufgewertet werden sollten, wie es im Einzelhandelskonzept auch dargestellt ist.



Die SPD wäre deshalb froh gewesen, wenn über die von ihr gestellte Anfrage dazu zunächst im Fachausschuss sachlich diskutiert worden wäre, bevor ein Stimmungsbild eingeholt wurde, quasi eine Präjudizierung erfolgte, die dann in die Öffentlichkeit getragen wurde.

Bei allem Respekt vor den geäußerten Meinungen und aller Wertschätzung für die Investoren wird die SPD weiter dafür werben, dass beide Standorte einer für Morsbach positiven Entwicklung zugeführt werden können. Die Chancen dafür bestehen.

Gemeinsame Schulentwicklungsplanung



In kleineren Kommunen reichen die Schülerzahlen vielfach nicht mehr aus, um in jeder Kommune ein weiterführendes Schulangebot zu erhalten. Diese Erkenntnis ist bitter, kann aber nicht ignoriert werden. Das Anmeldeverhalten von Eltern zeigt beispielsweise, dass sie bereit sind, ihr Kind an einer Schule in einer Nachbarkommune beschulen zu lassen, wenn ihnen das dortige Schulangebot mehr zusagt.

Können die Voraussetzungen für die Fortführung einer Schule der Sekundarstufe I nur durch Schülerinnen und Schüler mehrerer Gemeinden gesichert werden, so sind diese Gemeinden insoweit zu einer gemeinsamen Schulentwicklungsplanung verpflichtet (§ 80 Abs. 4 SchulG).

Daher hat die SPD Fraktion beantragt, dass eine regional abgestimmte Schulentwicklungsplanung erstellt wird.



Mehr Informationen erhalten Sie auf www.spd-morsbach.de